



AKTUELL Verantwortung übernehmen

Das stabile und ausgeglichene politische System in der Schweiz ist weltweit einzigartig. Helfen Sie mit, dass dies so bleibt. Übernehmen auch Sie Verantwortung.

gedruckt in Zürich auf 74 Prozent Recycling-Papier

AZB
3001 Bern

Post CH AG



Mehr bezahlbare Wohnungen

Warum die EVP zur Initiative JA sagt.



Donato Scognamiglio
EVP-Kantonalpräsident
EVP-Kantonsrat
Freienstein-Teufen

Am 30. November 2025 stimmt die Bevölkerung über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» sowie über den Gegenvorschlag des Kantonsrats ab. Die EVP empfiehlt ein klares Ja zur Initiative – und ein Nein zum Gegenvorschlag.

Im Kanton Zürich herrscht Wohnungsnot: Die Leerwohnungsziffer beträgt nur 0,5 % – weit unter der Schwelle von 1 %, die das Bundesamt für Wohnungswesen als Notlage bezeichnet. Besonders Angebotsmieten sind stark gestiegen und belasten Familien, Pflegende, Polizisten und Lehrkräfte. Viele Gemeinden haben kaum noch Landreserven, um günstigen Wohnraum zu schaffen.

Die Initiative

Die Initiative erlaubt es Gemeinden, ein kommunales Vorkaufsrecht einzuführen: Sie können beim Verkauf von Grundstücken in Wohnzonen zum vollen Marktpreis Käuferin werden. Verkäufer erhalten keinen Rappen weni-

ger als im freien Markt. Ausgenommen sind Verkäufe in der Familie, an gemeinnützige Bauträger oder bei Eigenbedarf. Damit erhalten Gemeinden die Möglichkeit, gezielt Grundstücke für Alterswohnungen, Schulen oder preisgünstigen Wohnraum zu sichern.

Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag des Kantonsrats will bloss den Wohnbauförderungsfonds verdoppeln. Damit sollen mehr zinslose Darlehen an Genossenschaften vergeben werden. Das ist zwar sinnvoll, aber längst überfällig – schon heute reicht der Fonds nicht aus, um Projekte zu finanzieren. Ein Fonds ersetzt jedoch keine aktive Bodenpolitik und schafft keine Transparenz. Gemeinden erfahren weiterhin nicht, wenn strategisch wichtige Liegenschaften verkauft werden.

Verpasste Chance

Die EVP hat sich im Kantonsrat mit einem eigenen Gegenvorschlag eingebracht. Dieser hätte das Vorkaufsrecht etwas eingeschränkt und präzisiert. In der Kommission fand er viel Unterstützung. Im letzten Moment hat ihn die bürgerliche Seite jedoch abgelehnt. Eine verpasste Chance – schade!

«Die EVP hat sich im Kantonsrat mit einem eigenen Gegenvorschlag eingebracht. Im letzten Moment hat ihn die bürgerliche Seite jedoch abgelehnt. Eine verpasste Chance – schade!»

(Fortsetzung auf Seite 5)

PAROLEN

Abstimmungen vom vom 30. November 2025

KANTON

JA Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Änderung: Prämienverbilligung, Bundes- und Kantonsbeitrag)

NEIN A.VI «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»

JA B. Gegenvorschlag des Kantonsrats, Stichfrage: Vorlage B

JA A. VI «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»

NEIN B. Gegenvorschlag des Kantonsrats, Stichfrage: Vorlage A

NEIN Strassengesetz (Änderung)

BUND

JA VI «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

NEIN VI «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» 50%-Initiative

Details: www.evppev.ch/abstimmungen

EDITORIAL



Regula Ehrismann
EVP-Gemeindepräsidentin
Zell

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ein Abstimmungssonntag steht uns wieder bevor. Wird das Volk in «meinem Sinn» entscheiden? Und wie gehe ich damit um, wenn es eben anders rauskommt? Mir geht es dabei nicht um eine konkrete Vorlage, sondern darum, wie wir im Nachgang die Resultate akzeptieren oder uns darüber auslassen können. Da wird mit Rekursen gedroht, oder den Gewinnern angehängt, sie hätten eben nicht verstanden, um was es wirklich geht, und vieles mehr. Mir macht dieses Nicht-Akzeptieren-Können eines Resultates Mühe.

In der EVP erlebe ich das nicht. Darum fühle ich mich auch wohl in unserer Partei. Dies ist auch ein Grund, mich für die nächste Legislatur als Gemeindepräsidentin nochmals zur Verfügung zu stellen. Sachliche Politik, faire Diskussionen und Wertschätzung für mein Gegenüber, egal welche politische Haltung es hat. Dies ist mir in meinem Amt wichtig, und ich bin überzeugt: Nur so gelingt ein gutes Miteinander.

Regula Ehrismann



Nein zur 50%-Initiative

Juso-Initiative wählt richtiges Mittel, aber extreme Ausgestaltung



Nik Gugger
Nationalrat EVP ZH
Winterthur

Die Initiative der Juso spricht mit der wachsenden Ungleichheit und den Schäden durch die Klimakrise zwar wichtige Themen an. Ihre Ausgestaltung als Erbschaftssteuer mit dem extrem hohen Steuersatz von 50% ist aber schädlicher Klassenkampf.

Die Jungpartei der SP schießt mit ihrer Initiative gehörig übers Ziel hinaus. Sie stellt eine extreme Maximalforderung ganz im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes. Sie fordert eine Erbschaftssteuer auf sehr grosse Vermögen, deren Ertrag zur Bekämpfung der Klimakrise eingesetzt werden soll. Es soll ein Freibetrag von 50 Millionen Franken gelten. Darüber hinaus würde aber ein Steuersatz von sage und schreibe 50 Prozent gelten.

Die Folge: Die besten Steuerzahlenden würden die Schweiz meiden. Es drohen Steuerausfälle statt Mehreinnahmen. Betroffene Familienunternehmen müssten im Erbfall zur Begleichung der Steuer womöglich verkauft werden. Das schadet der Volkswirtschaft.

Die Extremforderung der Juso ist auch deshalb bedauerlich, weil sie ein eigentlich wichtiges Thema aufgreift. Spitzenvermögen wachsen schnell an, und die steigende Ungleichheit wird zur Gefahr für eine demokratische Gesellschaft. Die Besteuerung von leistungslosen Millionen-Erbschaften ist das richtige Mittel, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder etwas zu schliessen. Die EVP fand im Parlament leider keine Unterstützung für einen Gegenvorschlag mit einem wesentlich tieferen Steuersatz.

«Die Juso schießt mit ihrer Initiative gehörig übers Ziel hinaus. Sie stellt eine extreme Maximalforderung ganz im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes.»

Die EVP-Delegierten empfehlen einstimmig ein NEIN.

ANZEIGE



Fusspflege für sie und ihn
Sandra Gallizzi
Dipl. Fusspflegerin
Neunbrunnenstrasse 18
8050 Zürich, 079 511 29 91



Baugenossenschaft Josefstrasse 32
Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch

Ihre Website. Unser Handwerk.



Wir beraten Sie – individuell, persönlich und unverbindlich.

psw. PS Werbung AG | 044 864 40 40 | mail@psw.ch | psw.ch



Übergabe der Unterschriften vor dem Bundeshaus

Für eine engagierte Schweiz

Ja zur Service-Citoyen-Initiative



Dominic Täubert

Ehem. Co-Präsident J EVP Schweiz
Mitglied Initiativkomitee Winterthur

Krieg in Europa, Naturkatastrophen, Cyberangriffe und die Folgen der Klimakrise: Wie begegnen wir solchen Gefahren? Jeder für sich? Oder gemeinsam? Das Volk hat die Gelegenheit, sich mit dem Service Citoyen für eine krisenfeste, starke Schweiz zu entscheiden. Die Initiative verlangt, dass alle jungen Menschen – und nicht nur die jungen Männer – einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten.

Unsere Sicherheit ist heute komplexer denn je. Die Armee bleibt das Rückgrat zur Verteidigung unseres Landes. Doch auch Zivilschutz und Zivildienst sind dringend gefordert: Bereits heute fehlen im Zivilschutz 12'000 Personen. Naturkatastrophen nehmen zu, Cyberangriffe bedrohen kritische Infrastrukturen, Pflege und Bildung leidet unter Engpässen.

Mit dem Service Citoyen wird diese Lücke geschlossen. Dieser Gemeinschaftsdienst reformiert unsere Sicherheitspolitik und denkt Sicherheit umfassend und als gesamtgesellschaftliches Projekt. Alle jungen Menschen leisten einen Beitrag – im Militär, im Zivilschutz oder in einem gleichwertigen Milizdienst wie dem Zivildienst. Das macht unser Land krisenresistenter und stärkt den Zusammenhalt in einer individualisierten Gesellschaft.

Wer Dienst leistet, erwirbt zudem Fähigkeiten, die ein Leben lang tragen: Teamarbeit, Krisenmanagement, Verantwortungsbewusstsein, Erste Hilfe oder digitale Kompetenzen. Dass künftig auch Frauen Dienst leisten, ist folgerichtig. Die kommenden Generationen wachsen in eine Realität hinein, in der Männer und Frauen weitgehend gleichgestellt sind.

«Der Service Citoyen macht unser Land krisenresistenter und stärkt den Zusammenhalt in einer individualisierten Gesellschaft.»

Die EVP-Delegierten haben mit 42 Ja zu nur 3 Nein die JA-Parole beschlossen.

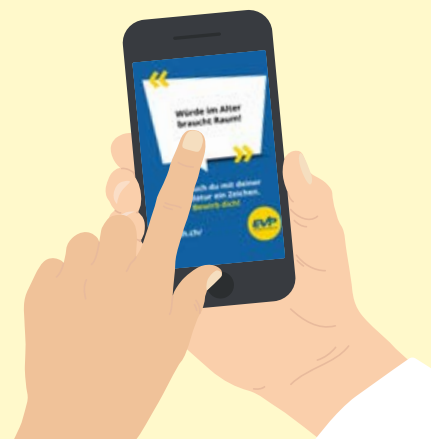
IN KÜRZE

Erbschaftssteuer

Mit der Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» verlangen die Juso bekanntlich eine Erbschaftssteuer von 50% auf hohe Vermögen (vgl. Seite 2). Chancenlos. Schade, dass der von **EVP-Nationalrat Marc Jost (BE)** im Parlament eingebrachte Gegenvorschlag nicht genügend Unterstützung erhielt. Die von ihm vorgeschlagene Erbschaftssteuer von maximal 10% hätte in der Volksabstimmung wohl eine Mehrheit von Volk und Ständen überzeugt.

Nationalrat will Adoptionsverbot stoppen

Der Nationalrat stimmte der Motion seiner Rechtskommission zu, welche vom Bundesrat verlangt, dass er auf seinen Entscheid, internationale Adoptionen zu verbieten, zurückkommt. Statt eines Verbots sollen Kontrollen und Transparenz erhöht werden. Damit folgt der Nationalrat der Forderung einer Petition von **EVP-Nationalrat Nik Gugger (ZH)**, der selbst aus Indien adoptiert wurde und ein Beispiel dafür ist, dass Adoptionen erfolgreich sein können..



EVP Stadt Zürich sucht Kandidierende auch auf Social Media

120 Personen werden benötigt, um komplette Wahllisten einzureichen. Die Spitzenkandidaten, die hoffentlich wiedergewählt werden, stehen fest. Wollen auch Sie Verantwortung für die Stadt übernehmen? Und uns mit Ihrer Kandidatur unterstützen? Oder wüssten Sie jemanden, den wir anfragen können?

Bitte per E-Mail bis 16. November melden bei kandidatur@evpz.ch

Wetzikon: EVP, Mitte und GLP

In Wetzikon unterstützen sich die drei Ortsparteien EVP, Mitte und GLP gegenseitig in den Stadtratswahlen. Mit einem starken politischen Zentrum wollen sie sich weiterhin für Stadt und Bevölkerung einsetzen. Ein Vorbild für andere Ortschaften?

IMPRESSUM

Redaktion: Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Gergey Rüegg (gr), Rutschwil (Stellvertreter) **Redaktionsteam:** Jörg Altorfer (ja), Winterthur, Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Donato Scognamiglio (dsc), Freistein-Teufen, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Stéphanie von Walterskirchen (svw), Zürich. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstr. 32, 8005 Zürich. inserate@evpz.ch. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstr. 32, 8005 Zürich. sekretariat@evpz.ch, Tel. 044 271 43 02, www.evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71. info@evppev.ch. **Gestaltung:** PS Werbung AG (psw.ch), Bachenbühlach. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 34.50, Gruppen CHF 1.00. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **IBAN:** CH18 0070 0110 0015 4656 4. **Auflage** WEMF/KS-beglaubigt: 33'964 Ex. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder der EVP ZH wiedergeben.

Umstrittenes Recht auf digitale Integrität

EVP unterstützt den Gegenvorschlag des Kantonsrats



Andrea Grossen
EVP-Kantonsrätin
Wetzikon

Soll ein neues Grundrecht auf digitale Integrität in die Verfassung? Die EVP sagt Ja zum Gegenvorschlag, weil dieser Schutz und Rechtssicherheit bietet, ohne aber falsche Erwartungen zu wecken.

Die Digitalisierung ist längst Teil unseres Alltags geworden. Sie eröffnet Chancen, sie

weckt aber auch Bedenken, wie das knappe Abstimmungsresultat zur E-ID kürzlich gezeigt hat. Risiken bestehen z.B. bei Datenmissbrauch, Überwachung oder Einsatz von Algorithmen, die unser Leben beeinflussen.

Die Volksinitiative

fordert ein umfassendes Grundrecht auf digitale Integrität. Dazu gehören Rechte wie das «Recht auf Vergessenwerden», ein «Offline-Recht» oder der Schutz vor jeglicher Datennutzung ohne Zustimmung. Viele dieser Forderungen gehören jedoch ins Bundesrecht. Zudem würden Doppelspurigkeiten-hohe Mehrkosten nach sich ziehen, da analoge Strukturen aufrechterhalten werden müssten.

Der Gegenvorschlag

nimmt die Sorgen ernst, bleibt aber umsetzbar. Er legt fest:

- Der Kanton wahrt die Grundrechte im digitalen Raum.
- Jede Person hat Anspruch auf Informationssicherheit.
- Analoge Zugänge zu staatlichen

Leistungen bleiben garantiert.

- Permanenter Überwachung und Analyse wird ein Riegel geschoben.
- Grundsatzentscheide treffen Menschen, nicht Maschinen.

Damit werden zentrale Prinzipien verankert, ohne dass die Verwaltung blockiert oder falsche Erwartungen an Kompetenzen gegenüber Privaten geweckt werden. Besonders wichtig ist dabei der garantierte Zugang zu analogen Angeboten, damit niemand ausgeschlossen wird. Das schützt Menschen mit wenig digitalen Erfahrungen.

Was sagt die EVP

Die Volksinitiative schießt über das Ziel hinaus. Der Gegenvorschlag hingegen stärkt die digitale Integrität ausgewogen und praxistauglich. Er schützt die Bevölkerung, ohne Illusionen zu wecken oder die Verwaltung lahmzulegen.

Mit nur einer Gegenstimme empfehlen die EVP-Delegierten ein NEIN zur Initiative und ein JA zum Gegenvorschlag.

Nein zur Änderung des Strassengesetzes

Städte verkehrspolitisch nicht entmündigen



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat
Affoltern am Albis

Der Kantonsrat hat der bürgerlichen «Mobilitätsinitiative» zugestimmt und das Strassengesetz entsprechend geändert. Damit würde den Städten das Recht entzogen, den Verkehr auf ihren Strassen zu regeln. Das soll mit einem NEIN an der Urne verhindert werden.

Grundsätzlich ist der Kanton zuständig für die Signalisation der Höchstgeschwindigkeit auf Kantonsstrassen und Strassen mit überkommener Bedeutung. Ausnahme bilden seit vielen Jahrzehnten die beiden Städte Winterthur und Zürich, denen dieses Recht übertragen wurde. Das macht deshalb Sinn, weil die Städte die Anforderungen ihres Strassennetzes am besten kennen und zu-

«Die vorgeschlagene Änderung des Strassengesetzes zielt darauf ab, die Städte Zürich und Winterthur verkehrspolitisch zu entmündigen und ihnen die Hoheit über die Strassen zu entziehen.»

dem den Bundesauftrag haben, Lärmemissionen an der Quelle zu bekämpfen. Dies gelingt nur mit lärmarmen Strassenbelägen und Temporeduktionen.

Die vorgeschlagene Änderung des Strassengesetzes zielt darauf ab, die beiden genannten Städte verkehrspolitisch zu entmündigen und ihnen die Hoheit über die Strassen zu entziehen.

Ein Wirrwarr über die Zuständigkeiten zwischen Städten und Kanton bei Strassenbauprojekten wäre vorprogrammiert. Lebensqualität und Sicherheit der städtischen Bevölkerung würden verschlechtert und die Gemeindeautonomie beschnitten. Wenn die Städte für Tempo 30-Strecken zuständig bleiben, der Kanton aber Tempo 50 erzwin-



Soll der Kanton der Stadt Tempo 50 aufzwingen dürfen? Die EVP sagt Nein!

gen kann, drohen Verzögerungen und Rechtsstreitigkeiten. Studien haben gezeigt, dass Temporeduktionen für die Leistungsfähigkeit von Strassen Vorteile haben können. Der Verkehr wird verstetigt und hilft unter anderem auch dem ÖV, seine Transportketten verlässlicher planen zu können.

Die EVP hat an ihrer Delegiertenversammlung ein klares Nein zur Änderung des Strassengesetzes beschlossen.

Mehr bezahlbare Wohnungen

Fortsetzung von Seite 1

Als Ökonom sehe ich im Vorkaufsrecht keinen Nachteil für Eigentümer. Im Gegenteil: Sie erhalten den Marktpreis, während Gemeinden die Chance haben, dem Marktdruck steigender Mieten etwas entgegenzusetzen. Auch Käufer haben kaum einen Nachteil: Sie können sich vorgängig bei der Gemeinde erkundigen, ob Interesse besteht, und sparen sich so unnötigen Aufwand.

«Der Gegenvorschlag ist eine Alibiübung. Er erhöht einen Fonds, der ohnehin aufgestockt werden muss, ersetzt aber kein Instrument der Bodenpolitik.»

Instrument, das Gemeinden demokratisch einsetzen können – wenn die Bevölkerung es will und die Mittel bereitstehen. Beispiele wie Lausanne zeigen: Über 200 Wohnungen konnten so gesichert werden.

... und Gegenvorlage nur Alibi

Der Gegenvorschlag hingegen ist eine Alibiübung. Er erhöht einen Fonds, der ohnehin aufgestockt werden muss, ersetzt

aber kein Instrument der Bodenpolitik. Ohne Vorkaufsrecht bleibt es Gemeinden verwehrt, aktiv zu gestalten.

Darum sagt die EVP: Ja zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» – Nein zum Gegenvorschlag. Nur so schaffen wir echte Handlungsmöglichkeiten, damit auch in Zukunft bezahlbarer Wohnraum für alle Generationen im Kanton Zürich gesichert werden kann.

Die Delegiertenversammlung der EVP sagt bei nur 2 Enthaltungen JA zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» und NEIN zum Gegenvorschlag des Kantonsrats. Bei der Stichfrage wird die Vorlage A bevorzugt.

Vorkaufsrecht ist sinnvoll ...

Natürlich löst das Vorkaufsrecht die Wohnungsnot nicht allein. Aber es ist ein wichtiges

Ja zum geänderten Einführungsgesetz zum KVG

Für gerechte Prämien – Solidarität statt Belastung.



Michael Bänninger
EVP-Kantonsrat
Winterthur

Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren stärker als die Löhne. Viele Zürcher

Haushalte, besonders Familien und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, stehen finanziell unter Druck.

Mit der Änderung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) wird der Kantonsanteil an den Prämienverbilligungen von 80 auf 100 Prozent erhöht. Damit stärkt Zürich gezielt jene, die am meisten auf

Entlastung angewiesen sind. Es geht nicht um Giesskannenpolitik, sondern um Fairness – um eine wirksame Unterstützung für Haushalte, die ihre Krankenkassenprämien kaum mehr stemmen können.

Ein Ja zu dieser Vorlage ist ein Ja zu sozialer Ge-

rechtigkeit, Solidarität und Verantwortung. Die EVP steht für ein Gesundheitssystem, das niemanden überfordert und die Lasten gerecht verteilt.

Die Delegiertenversammlung der EVP Kanton Zürich hat einstimmig Ja zur Vorlage gesagt.



ANZEIGE

beutterküchenag

Weingerstrasse 48
8103 Unterengstringen

info@beutterkuechen.ch
043 / 455 20 20

Wir freuen uns auf Sie!





EVP-Stadt Zürich übernimmt Verantwortung

Was die EVP Stadt Zürich zu ihrem Wahlslogan sagt



Sandra Gallizi
EVP-Gemeinderätin
Stadt Zürich

Die EVP Stadt Zürich startet mit einem klaren Kompass in die Wahlen 2026: Verantwortung übernehmen – für ein Zürich, das gerecht, bezahlbar und menschlich bleibt. In Zeiten von Spaltung und Schlagzeilenpolitik setzt die EVP auf etwas, das selten geworden ist: Verantwortung.

Die EVP Stadt Zürich hat an ihrem Strategie-Workshop die Richtung für die kommenden Wahlen festgelegt – und sie tut es mit Überzeugung. Unter dem neuen Wahlslogan **«Verantwortung übernehmen»** stellt sie klar: Politik braucht wieder Werte, Leitlinien für eine Stadtpolitik, die alle im Blick behält. Als Partei zwischen den Polen will sie die Fronten aufbrechen. Es geht nicht darum, einem bestimmten Wählersegment zu gefallen, sondern das Beste für die gesamte Stadt herauszuholen. Herz und Verstand müssen verbunden werden. Oft will man etwas erreichen – aber der Verstand sagt dann, dass z.B. das Geld dafür fehlt. So gilt es, Kompromisse zu finden. **«Ein Kompromiss ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von Verantwortung.»**

«Ein Kompromiss ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von Verantwortung.»

Bezahlbarer Wohnraum, soziale Sicherheit und eine faire Bildungspolitik sind wichtige Themen. Auch für die jüngeren Generationen will die EVP Verantwortung übernehmen, ihnen aber auch Verantwortung übergeben. Ein Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Jugendarbeit. Jugendliche, die mit 18 Jahren oft plötzlich auf sich allein gestellt sind, sollen weiterhin niederschwellig begleitet werden. Investitionen in diesem Bereich helfen, soziale Isolation zu vermeiden und die Eigenständigkeit zu stärken – damit junge Menschen lernen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Dieses Prinzip gilt ebenso für Familien sowie die Begleitung älterer Menschen. Eine gestärkte Gesellschaft, in der Verantwortung gelebt wird, ist langfristig weniger auf staatliche Unterstützung und Steuergelder angewiesen.

Die EVP zeigt auf, dass Politik nicht laut sein muss, um wirksam zu sein – sondern ehrlich, verbindlich und verlässlich. Mit **«Verantwortung übernehmen»** ruft die EVP alle Zürcherinnen und Zürcher dazu auf, mitzudenken, mitzufühlen und mitzuwirken – für eine Stadt, die bezahlbar, gerecht und menschlich bleibt. Denn nur wer Verantwortung übernimmt, schafft Zukunft.

VORSTÖSSE IN BUND UND KANTON

Tabaksteuer prüfen – Gesundheit und AHV stärken

Der Nationalrat hat mit 98 zu 90 Stimmen ein Postulat von Nationalrat **Nik Gugger** entgegen der Empfehlung des Bundesrats angenommen. Der Bundesrat soll prüfen, ob die Tabaksteuer – eine der tiefsten Europas – erhöht werden soll. Ziel ist es, den Gesundheits- und Jugendschutz zu stärken und zusätzliche Mittel für die AHV-Finanzierung zu erschliessen.

Fassadenbegrünungen vereinfachen

Kantonsrat **Daniel Sommer** will mit einem Postulat erreichen, dass kleine Fassadenbegrünungen künftig bewilligungsfrei sind. Heute braucht selbst eine einfache Fassadenbegrünung ein aufwändiges Verfahren. Begrünte Fassaden fördern Biodiversität, kühlen Städte und verbessern die Luftqualität – Grund genug, die Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. (285/2025)

Wohnsitzregelung bei Pflegeheimen überdenken

Kantonsrat **Markus Schaaf** hat mit einer Anfrage auf Missstände in der Wohnsitzregelung hingewiesen: Tritt ein Ehepartner ins Pflegeheim ein, entstehen zwei Wohnsitze mit der Folge von doppelten Steuererklärungen bis hin zu unterschiedlichen Friedhöfen für ein Ehepaar. Da der Regierungsrat dies nicht ändern will, reichte Markus Schaaf eine Motion dazu ein, die von allen Parteien unterstützt wird. (313/2025)

Details: parlament.ch und kantonsrat.zh.ch

EVP-Stadtpräsidentin Eveline Fenner

Glaube, Mut und ihre Motivation für Affoltern am Albis



Renato Pfeffer
EVP-Gemeinderat
Richterswil

Seit drei Jahren prägt Eveline Fenner als Stadtpräsidentin das Gesicht von Affoltern am Albis. Die Finanzfachfrau mit Wurzeln in der Reformierten Landeskirche und heute aktives Mitglied in der Heilsarmee führt mit Herz, Glauben und Bodenhaftung. Sie ist überzeugt, dass Politik nur dann Sinn ergibt, wenn sie Verantwortung wahrnimmt.

Nach den Nationalratswahlen 2014 war für Eveline Fenner klar: es braucht weniger Polparteien und stärkere Kräfte im politischen Zentrum, die



Im Austausch mit Personen aus Affoltern a. A.

sich um Kompromisse bemühen und nicht nur die Interessen einer einzigen Wählergruppe verfolgen. Und es braucht gutes Haushalten.

Zunächst wurde sie als RPK-Präsidentin gewählt. Die RPK darf aber nur beobachten und finanzpolitische Entscheide kommentieren. Sie will mehr mitgestalten und kandidiert für das Stadtpräsidium: «Die Kultur der Stadt soll sich ändern. Kein «von oben herab, sondern eine Begegnung auf Augenhöhe». Eveline Fenner will eine Stadtpräsidentin für alle sein. 2022 wird sie mit dem besten Resultat direkt ins Präsidium gewählt.

Affoltern a. A. soll grüner, digitaler und sozial vernetzter werden – immer mit den Menschen im Zentrum. «Wir tragen als Stadt eine grosse Verantwortung für Bildung, Infrastruktur und Zusammenhalt. Dafür braucht es Weisheit, Herz und Weitblick.» Kritik ist für Fenner Teil des Amtes: «Am meisten Freude bereitet es mir, mit Menschen auf dem gemeinsamen Weg zu gehen, die etwas anders sehen als ich – das bereichert beide.»

Eveline Fenner ist sehr gut vernetzt: im Frauennetzwerk, in der Reformierten Kirche, in der Heilsarmee als Laienpredigerin, im Frauennetzwerk Womenup und sehr engagiert in der eigenen Familie mit den Enkelkindern. Rückendeckung erhält sie von ihrem Mann. Zur Entspannung liest sie gern. Zum Beispiel von ihren Vorbildern: Corrie ten Boom, Angela Merkel oder auch Eveline Widmer Schlumpf.

Warum sie für die EVP politisiert? – «Es gibt eine Partei, die meiner Frömmigkeit wohl näher stünde. Aber politisch vertritt sie ganz andere Werte. Die EVP setzt sich für Menschen am Rand der Gesellschaft ein – und übernimmt dort Verantwortung. Das ist für mich gelebter Glaube.»

«Am meisten Freude bereitet es mir, mit Menschen auf dem gemeinsamen Weg zu gehen, die etwas anders sehen als ich – das bereichert beide.»



©zvg

Eveline Fenner

Geb. 1966, verheiratet mit Christoph
Finanzfachfrau
Affoltern am Albis

BEHÖRDENMITGLIED



©zvg

Christian Fischer

Gemeinderat Bäretswil

Ich bin Behördenmitglied weil...

- das mir die Möglichkeit gibt,
- mein Dorf mitzugestalten und Akzente zu setzen
 - mit unseren Jugendlichen neue Projekte für sie zu realisieren
 - für unsere Familien und Senioren einen lebenswerten Lebensraum mitzugestalten.

STATEMENT



©zvg

Hanspeter Hugentobler

EVP-Kantonsrat, Pfäffikon
Kommission für Bildung und Kultur

Französischunterricht erst in der Sekundarschule!

Kantonsratssitzung vom 1. September 2025:

«Lehrpersonen bestätigen, dass Französisch in der Primarschule wenig bringt. Und eine Studie sagt, dass beim Fremdsprachenlernen ältere Lernende einen Startvorteil haben. Wieso also den Franz-Unterricht nicht erst in der Sekundarschule beginnen?»



Die Allmend Grüzefeld heute: Hier soll dank der EVP-Initiative künftig ein neuer Stadtpark für die Bevölkerung entstehen.

Neuer Stadtpark für Winti

EVP lanciert Volksinitiative



Alexander Würzer
EVP-Gemeinderat
Winterthur

Die EVP hat eine Initiative lanciert, um auf der «Allmend Grüzefeld» – der grössten Freifläche in Winterthur – einen neuen Stadtpark zu realisieren, der den Bedürfnissen unserer wachsenden Stadtbevölkerung nach Naherholungsraum gerecht wird.

Grünflächen sind in Winterthur ein kostbares Gut: Sie dienen der Erholung, sind Treffpunkt für Jung und Alt aus allen Bevölkerungskreisen und wirken gleichzeitig als wichtige Kaltluft-

schneisen, welche das Stadtklima spürbar verbessern. Gerade in Zeiten zunehmender Verdichtung und häufiger Hitzetage braucht es Orte, die Raum zum Durchatmen bieten.

Wir fordern in der Umsetzung eine naturnahe Gestaltung, die Biodiversität fördert und gleichzeitig die Lebensqualität insbesondere der Bevölkerung in den nahegelegenen Quartieren stärkt. Diese sind hauptsächlich von Wohnblöcken mit niedrigem qualitativen Aussenraum geprägt.

Mit ihrer Initiative macht die EVP deutlich, dass sie Politik nicht im Abstrakten betreibt, sondern dort ansetzt, wo gerade auch Menschen mit sozioökonomisch weniger privilegiertem

«Das Instrument der Volksinitiative ergreift die EVP, weil diverse parlamentarische Vorstösse über mehrere Jahre keinen Fortschritt brachten.»

Hintergrund direkt profitieren. Der neue Stadtpark «Allmend Grüzefeld» bietet hierfür das ideale Projekt.

Das Instrument der Volksinitiative ergreift die EVP, weil diverse parlamentarische Vorstösse über mehrere Jahre keinen Fortschritt brachten. Die Initiative soll der EVP in Zeiten des Wahlkampfs aber auch zur zusätzlichen Profilierung dienen.

Umstrittenes altes Kispi-Areal

Offene Zukunft des ehemaligen Kinderspitalareals in Zürich Hottingen



Stéphanie von Walterskirchen
EVP Zürich 7/8
Zürich

Die Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau ZAS* (siehe Seite 9) verlangt, dass die Gebäude des alten Kinderspitals (Kispi) erhalten und neu genutzt werden sollen. Ich selbst bin Mitinitiantin einer Petition für den Erhalt der Gebäude.

Seit dem Umzug des Kinderspitals im November 2024 steht ein grosser Teil des Areals mitten in Zürich Hottingen leer – umgeben von einem 600 Meter langen Bauzaun. Für einen Teil der Bauten bestehen bereits konkrete Nachnutzungsideen. Das 1968 erbaute Bettenhaus, der Operationstrakt und der Wirt-

schaftstrakt sollen einem Neubau für das Zentrum für Zahnmedizin weichen. Trotz heftiger Kritik von verschiedenen Seiten hält der Regierungsrat an seinen Neubauplänen fest. Dies hat er u.a. im Kantonsrat gestützt auf eine Anfrage von EVP-Kantonsrat Michael Bänninger festgehalten (KR-Nr. 82/2024).

Derzeit finden Schadstoffsanierungen an den ansonsten intakten Gebäuden statt. Die Kritik hat immerhin dazu geführt, dass das Projekt

«Es braucht Menschen, die aus Überzeugung einen Teil ihrer Zeit und ihr Fachwissen zur Verfügung stellen, damit überrissene Projekte gestoppt werden können.»

nunmehr auf der Liste der verschobenen Investitionen steht. Mit knapper Mehrheit hat der Kantonsrat kürzlich zudem die Regierung beauftragt, nach der Sanierung eine Zwischennutzung als Wohnraum für Studierende und als Asylunterkünfte anzubieten.

Was nachher geschieht, ist offen. Ein Teil des Areals geht wahrscheinlich an die Stadt Zürich für den Bau von Alterswohnungen. Für den grossen Rest des Areals hoffen wir, dass unser Anliegen Gehör findet und dringend benötigter Wohnraum entsteht.

Ohne die ZAS* und unsere Petition würden wohl bald teure Neubauten erstellt. Es braucht Menschen, die aus Überzeugung einen Teil ihrer Zeit und ihr Fachwissen zur Verfügung stellen, damit überrissene Projekte gestoppt werden können.

Nutzen statt Abreissen

Eine Gruppe von Fachleuten wehrt sich für eine Zukunft im Bestand



ZAS*
Zürcher Arbeitsgruppe
für Städtebau

Vielorts werden funktionstüchtige Gebäude vorschnell abgerissen – auf Kosten von Ressourcen, Geschichte und sozialem Zusammenhalt. Die Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS*) fordert eine Stadtentwicklung mit Verantwortung für den Bestand.

Die ZAS* – Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau – ist ein unabhängiger Zusammenschluss von rund 25 Personen aus Architektur, Stadtforschung und Planung. An der Schnittstelle von Fachwelt und Zivilgesellschaft und unabhängig von politischen Parteien setzt sie sich ein für eine Stadtentwicklung, die bestehende Strukturen ernst nimmt, Ressourcen schont und soziale Verantwortung übernimmt.

Der Name knüpft an eine Gruppe an, die ab 1959 in Zürich aktiv war. Ihr gehörte u.a. der spätere Zürcher EVP-Nationalrat Niklaus Kuhn an. Die Gruppe wehrte sich damals beispielsweise gegen den Abriss der Fleischhalle Zürich



Eine Umnutzung des alten Kispi ist acht Mal günstiger als ein Neubau

am Limmatquai. Das Referendum der ZAS scheiterte zwar, die Fleischhalle wurde abgerissen – doch der öffentliche Diskurs war lanciert.

Auch heute übt die ZAS* Kritik daran, dass immer wieder funktionstüchtige Gebäude zugunsten teurer Neubauten mit fraglichem Mehrwert verschwinden. Sie setzt deshalb auf den Bestand: als Ressource, als soziales Gefüge, als gemeinsames Gut.

Sie will damit Impulse setzen für eine Stadt, die Weitsicht über Kurzfristigkeit stellt.

2023 wehrte sich die ZAS* zum Beispiel gegen den Rückbau der drei ehemaligen Personalhäuser des Stadtspitals Triemli. Die 750 Zimmer dienten zuvor als Praxisräume, Altersheim, Studierendenzimmer und zuletzt auch als Wohnraum für Geflüchtete. Mit einem Ideenwettbewerb suchte die ZAS* zukunftsfähige Konzepte – als Beitrag zu einer Stadtentwicklung, die auf Bestehendem aufbaut, statt es vorschnell zu beseitigen. Die breite Debatte führte dazu, dass die Gebäude vorerst erhalten bleiben.

Aktuell wehrt sich die ZAS* gegen den Abriss des ehemaligen Kinderspitals (vgl. den Beitrag auf Seite 8). Ein solch sorgloser Umgang mit Ressourcen und Stadtstruktur ist weder ökologisch noch sozial vertretbar. Die ZAS* setzt sich vielmehr dafür ein, dass auf dem aufgebaut wird, was bereits besteht.

Weitere Informationen über die Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS*) unter www.zas.life

ANZEIGE



Bild: Fabeha Monir/ena/Fairpicture

Gemeinsam mit Ihnen setzen wir das Potenzial von Menschen frei – für eine Zukunft voller Chancen.

ena!

Wirkungsvolle Nothilfe und
Entwicklungszusammenarbeit.



Ihre Spende
in guten Händen.



ena-schweiz.ch

www.opportunity.ch



**Pate/Patin für
Ultrapoor-
Familien**



OPPORTUNITY
International
SCHWEIZ

Werden Sie Pate/Patin für Ultrapoor-Familien in Malawi oder Haiti – mit **35 Franken pro Monat** den Kreislauf der Armut durchbrechen!

HELFEN SIE MIT?

Stiftung Opportunity International Schweiz Oberdorfstrasse 15 | 8001 Zürich

Gut gerüstet für das Schulpräsidium

Andrea Gossen-Aerni kandidiert in Wetzikon für die Schulpflege und das Schulpräsidium



Stéphanie von Walterskirchen
Redaktion EVP INFO
Zürich

Am 12. April 2026 wählt Wetzikon neben Stadtrat und Parlament auch die Schulpflege. Seit 2020 bringt Andrea Gossen-Aerni ihre Erfahrung in die Legislative mit ein. Als Fraktionspräsidentin und Mitglied der Fachkommission, die auch für die Bildung zuständig ist, kennt sie die Themen, welche die Schule bewegen. Nun will sie das Schulpräsidium übernehmen. Voraussetzung dafür ist eine Wahl in die Schulpflege.

Andrea Gossen-Aerni weiss, was Schule stark macht. «Jedes Kind soll gerne zur Schule gehen und gut im Unterricht mitkommen, so dass ihm später viele Wege offenstehen. Eine starke Schule hat auch eine positive Ausstrahlung auf eine Stadt», sagt sie.

Ihre Vision: Kinder, die ihr Potenzial entfalten. Eltern, die Verantwortung mittragen. Lehrpersonen, die gerne in Wetzikon bleiben, weil sie unterstützt und wertgeschätzt werden. Und ein leistungsfähiger Schulbetrieb, der Bewährtes bewahrt und mutig Neues wagt.



Brücke-Fraktion präsentiert Andrea Gossen-Aerni (ganz rechts) als Kandidatin für das Schulpräsidium

Andrea Gossen-Aerni ist seit 30 Jahren in Wetzikon daheim, Mutter eines Teenagers, Dozentin an einer Höheren Fachschule (HFS) sowie Stadtparlamentarierin und seit 2024 auch Kantonsrätin. Sie meint zu ihrer Kandidatur: «Ich bringe mit, was es als Schulpräsidentin braucht: Fachwissen in Bildungsfragen, politisches Verständnis sowie Erfahrung in Führung und Strategie. Vor allem aber will ich mich für jedes

«Vor allem will ich mich für jedes einzelne Kind einsetzen, weil ich überzeugt bin, dass Bildung der Schlüssel ist, der Türen für die Zukunft öffnet.»

einzelne Kind einsetzen, weil ich überzeugt bin, dass Bildung der Schlüssel ist, der Türen für die Zukunft öffnet.»

Parlamentsarbeit – ein sinnstiftender Dienst

Im Einsatz für unsere Stadt Illnau-Effretikon



Simone Schädler
EVP-Stadtparlamentarierin
Illnau-Effretikon

Zusammen mit Marianne Isler vertrete ich die EVP im Parlament unserer Stadt Illnau-Effretikon. Dank guten Kontakten über die Parteigrenzen hinweg können wir viel bewegen.

Parlamentsarbeit bedeutet viel lesen und diskutieren, aber oft ist der Austausch mit anderen Parteien für die Behandlung der Geschäfte im Stadtparlament wichtiger. Die Beziehungsarbeit steht im Vordergrund. Klar, es geht auch ohne Beziehungen, ohne Interesse am Gegenüber. Aber nach ein paar Jahren im Parlament bin ich überzeugt, dass die Debatten kreativer,

wohlwollender und fairer sind, wenn zwischendurch Apéros oder Parlamentsausflüge stattfinden.

In Illnau-Effretikon findet regelmässig ein Austausch mit allen Fraktionen statt. Dies ermöglicht es, politische Vorstösse zielführend im Parlament einzureichen. Wir diskutieren über Alltägliches wie die Pflege der öffentlichen Spielplätze, über neue Velowege und Sport-

plätze, aber auch über die Zonenordnung, welche klärt, was wo wie in Zukunft gebaut werden darf.

Nicht alles, was uns beiden EVP-Vertreterinnen persönlich wichtig ist, wird nach unserem Gutdünken umgesetzt. Die Diskussionen, die verschiedenen Argumente, die während der Debatte ausgetauscht werden, führen jedoch dazu, dass ein Projekt oder ein politischer Vorstoss mehrheitsfähig umgesetzt werden kann.

«Dass die EVP eine Partei ist, die bei jedem Geschäft neu überlegt, was sinnvoll ist und was nicht und die nicht einfach dem «rechts-links-Schema» folgt, ist eine absolute Stärke.»

Dass die EVP eine Partei ist, die bei jedem Geschäft neu überlegt, was sinnvoll ist und was nicht und die nicht einfach dem «rechts-links-Schema» folgt, ist eine absolute Stärke. Das macht sie zur **Einzig Vernünftigen Partei.**



© creativemarket

EIN POLITISCH-THEOLOGISCHER GEDANKE Zur Weihnachtszeit

«Evangelium» war ursprünglich ein politischer Begriff, die Verkündigung einer frohen Botschaft: eines militärischen Sieges, der Geburt eines neuen Kaisers oder dessen Thronbesteigung. Zur Zeit Jesu warteten viele auf den Messias: Einen Mann mit Macht, der für Gerechtigkeit sorgt, die Mächtigen bestraft und den Armen hilft. Gekommen ist dann an Weihnachten kein allmächtiger Gott, sondern ein ohnmächtiger Menschensohn: verletzlich, nahbar und dienend. Eine politische Botschaft – wider den Zeitgeist.

Pfarrer Renato Pfeffer

EVP-WETTBEWERB

Gewinnen Sie einen von zehn Gutscheinen à 20 Franken, offeriert vom Haus der Bibel (zuerich.hausderbibel.ch).



FRAGE 1 Was versteckt sich hinter der Bezeichnung «Für eine soziale Klimapolitik»?

.....

FRAGE 2 Welche EVP-Parlamentarierin kandidiert für das Schulpräsidium?

.....

FRAGE 3 Wie heisst der Wahlslogan der EVP Stadt Zürich?

.....

Name	Adresse
.....
Telefonnummer	E-Mail
.....

Ich möchte die EVP unterstützen. Nehmen Sie bitte mit mir Kontakt auf!

Einsenden bis spätestens am 30. November 2025 an:
EVP INFO, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich
oder per Mail an wettbewerb@evpzh.ch

Gewinnerin Ausgabe 180
Margrit Bossi, Zollikerberg

TERMINE

4. November 2025
Treffpunkt Politik für Seniorinnen und Senioren
14.00 Uhr Zürich



Topaktuelles am EVP-Stammtisch
19.00 Uhr



29. November 2025
Delegiertenversammlung EVP Schweiz



30. November 2025
Abstimmungen

3. Dezember 2025
Delegiertenversammlung EVP Kanton Zürich mit Jahresabschluss Apéro
19.00 Uhr



Vorschau
5. März oder 12. April 2026
Kommunalwahlen

18. April 2026
109. ord. Delegiertenversammlung EVP Kanton Zürich



Alle Termine
evpzh.ch/aktuelles/termine-evp-zh



Abonnement EVP INFO

Geschätzte Leserinnen und Leser des EVP INFO – Sie erhalten die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift der EVP Kanton Zürich mit aktuellen, politisch relevanten Themen und interessanten Berichten aus verschiedenen Behörden und Ortsgruppen. Falls sie unsere Zeitschrift trotzdem nicht mehr wünschen, danken wir Ihnen für eine kurze **Mail an abmeldung@evpzh.ch**. Zur Qualitätssicherung sind wir dankbar für eine kurze Begründung.